

Verteilungskampf eingeläutet:

UEL für Deckel auf Pensionsausgaben

Vom UEL-Generalsekretär Pierre Bley wurde gestern eingangs der Pressekonferenz der Vorwurf zurückgewiesen, es gehe der »Union des Entreprises Luxembourgeoises« mit ihrem am 15. Mai vorgestellten Programm um Sozialabbau. Wir seien in einer strukturellen Krise, es handle sich nicht um eine konjunkturelle Delle. Mit strukturellen Reformen müsse daher die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gesteigert werden, um den Wirtschaftsstandort Luxemburg zu festigen, damit wieder ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum möglich werde, um daraus die Mittel zu gewinnen, den sozialen Zusammenhalt zu halten oder zu vergrößern.

Es klingt alles sehr logisch, wenn ein direkter Bezug zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt ins Schaufenster gestellt wird. Blöd ist dabei nur, daß die UEL nicht hören will, daß der erzielte Mehrwert pro Beschäftigtem in Luxemburg höher ist als in allen Nachbarländern: die Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs ist also wunderbar! Aber diese Studie stammt natürlich aus einem anderen Haus... und wenn die UEL schon nicht widerlegen kann, was die Salariatskammer vorlegt, verschweigt sie es halt.

Wie es ist, kann es nicht bleiben...

Der Präsident der ACA, der Vereinigung der Versicherungen, Marc Lauer, ist einer UEL-Arbeitsgruppe vorgestanden, deren Ergebnisse gestern der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden. Wir haben heute eine Rezession statt einem Wirtschaftswachstum von 4%, leitete er ein: das sei eine grundsätzliche Veränderung, weswegen zu schauen sei, wo die Stellschrauben des Pensionssystems sind, und was passiert, wenn daran gedreht wird.

lige österreichische Sozialminister Alfred Dallinger darauf hingewiesen, daß sich in der Wirtschaft Grundlegendes geändert hat seit Bismarcks Zeiten. Seinerzeit war der Maschinenanteil an der Produktion tatsächlich vernachlässigbar, heute überholt er den Anteil menschlicher Arbeit.

...aber so darf's nicht werden!

Wer also verlangt, auf immer und ewig dürften Beiträge nur auf der menschlichen Arbeitskraft erhoben werden, betreibt alltäglichen Klassenkampf und Sozialabbau. 24% auf einem sinkenden Anteil, der zum gesamten geschaffenen Reichtum führt, wobei auch noch 8% aus dem Steuertopf vom Staat kommen, können nicht reichen, um immer mehr Leuten eine ordentliche Pension auszuzahlen: Pierre Bley betont schließlich, 2050 käme auf einen Pensionisten ein aktiver Lohnabhängiger.

Es ist dann egal, an welchen Stellschrauben gedreht wird, wenn auf immer mehr Pensionisten nicht mehr als 24% der Lohnmasse aufzuteilen sind: das Ergebnis sind geringere Pro-Kopf-Auszahlungen, also Sozialabbau verbunden mit einem Absenken der Massenkaukraft. Dumm nur, daß exakt letzteres zur derzeitigen Überproduktionskrise geführt hat!

Die Sucht nach dem Maximalprofit ist wohl ein Wesensmerkmal des real existierenden Kapitalismus. Doch jede Sucht, die auf die Spitze getrieben wird, ruiniert den Süchtigen, das möchte sich die UEL bitte ins Stammbuch schreiben.

Natürlich hat Pierre Bley recht, wenn er sagt, es seien wohl andere Faktoren vorstellbar als Beitragsgrundlage, doch »die Beiträge kommen

Dabei, so behauptet er, sei es das Anliegen der UEL den Generationenvertrag aufrecht zu erhalten, indem er funktionsfähig bleibt.

Weil sich die Wirtschaftsentwicklung anders tut, als vorherige Studien angenommen haben, ist es auch kein Wunder, daß die aktuellen Reserven des Systems früher fertig werden, wenn sich nichts ändert. Wobei sich die UEL nur Veränderungen bei zwei Sachen vorstellen kann: entweder bei der Beitragshöhe, oder aber in Höhe und Dauer der Auszahlung der Pension.

Vorgerechnet wird, ein Hinausgehen über die aktuellen 24% der Lohnmasse sei zum einen unsozial, zum anderen vernichte es die Wettbewerbsfähigkeit. Heilmittel seien also auf der Ausgaben-seite zu suchen, denn es sei »evident«, so Pierre Bley, daß die Ausgaben fürs Beibehalten der aktuellen Pensionen »die Wirtschaft nicht packt«.

Die UEL kann sich ganz und gar nicht damit anfreunden, nicht mehr nur auf der Lohnmasse Beiträge zu erheben, wie das seit Schaffung der Sozialversicherung durch den eisernen Kanzler Bismarck passiert. Nun hat bereits vor über 30 Jahren der dama-

immer aus der Wirtschaft, wenn wir sie anders legen, werden sie nicht weniger hoch«. Sachlich richtig: alles was in einem Land (oder im Staatenbund EU) bezahlt wird, muß aus der jeweils aktuellen Wirtschaftsleistung kommen. Es ist halt eine Frage der Verteilung: wer bekommt was ab vom Kuchen.

Und der Kuchen (natürlich die Wirtschaftsleistung) sowohl Luxemburgs als auch der EU ist seit Bismarck wohl eindeutig und enorm gewachsen. Wenn nicht welche da sind, die einen erheblich größeren Anteil verlangen, ihr lieben UEL-Mitglieder, als sie damals hatten, ist eindeutig genug für alle da. Allerdings: es wird nicht reichen, damit alle einen Porsche, Ferrari oder Maibach abkriegeln.

Wobei Luxemburg eines der wenigen Länder ist, das mit dem Drittel der Beiträge aus dem Staatsbudget schon einen wenn auch kleinen und zögerlichen Schritt zur Ausweitung der Beitragsgrundlage getan hat: ihn konsequent weiter zu gehen und dafür zu werben, daß das auch auf EU-Ebene geschieht, wäre die wirkliche Strukturreform. Alles andere ist Sozialabbau!